



### Hannoversche Erklärung der sozialdemokratischen Innenminister und -senatoren der Länder vom 27. September 2017

Die Innenpolitik des Bundes und der Länder steht seit den letzten Jahren vor stetig wachsenden Herausforderungen und Sicherheitslagen. Dabei spielen das anhaltend hohe Gefahrenpotential des internationalen Terrorismus, das Thema Flucht aber auch autokratische, nationalistische Bestrebungen in einigen Staaten eine große Rolle.

Es ist daher Aufgabe sozialdemokratischer Innenpolitik, gegen Angst und Verunsicherung anzugehen. Sie muss einen rechtsstaatlichen Ausgleich zwischen Freiheit und Sicherheit schaffen. Freiheit ohne Sicherheit gibt es ebenso wenig wie Sicherheit ohne Freiheit.

Wir wollen mit gut abgewogenen Maßnahmen und Strategien für mehr Sicherheit sorgen und den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft stärken.

#### 1. Sicherheit durch europäisches Zusammenwirken

Wir brauchen eine funktionierende und zusammenhaltende EU mit ihren Grundfreiheiten.

Eine erfolgreiche Bekämpfung der bestehenden überstaatlichen konkreten Gefahren für die innere Sicherheit ist nur durch eine enge Kooperation der Mitgliedstaaten möglich. Denn Kriminalität endet nicht an nationalen Grenzen. Zu diesen Herausforderungen zählen unter anderem Terrorismus, organisierte Kriminalität und illegale Einwanderung.

Wir fordern daher, auf europäischer Ebene eine Art **europäisches FBI z.B. bei Europol** aufzubauen und dem Europäischen Zentrum für Terrorismusbekämpfung (ECTC) mehr Kompetenzen zu geben.

Der Austausch von Informationen und Knowhow zwischen den europäischen Sicherheitsbehörden muss optimiert werden. Eine bessere Vernetzung untereinander ist elementar für die Bekämpfung des islamistischen Terrorismus und der internationalen Kriminalität insgesamt.

Nr. 245/17 Philipp Wedelich		
Pressestelle	Tel.: (0511) 120-6259	www.mi.niedersachsen.de
Lavesallee 6, 30169 Hannover	Fax: (0511) 120-6555	E-Mail: pressestelle@mi.niedersachsen.de

Ziel muss es sein, durch strukturelle Maßnahmen und einer leistungsfähigen IT-Struktur sicherzustellen, dass Straftäter überall in Europa identifiziert und Erkenntnisse ausgetauscht werden können. (Biometriefähiges Schengen-Informationssystem, Zugriff auf Eurodac und europäischen Kriminalaktennachweis). Die jüngsten Maßnahmen und Beschlüsse der Kommission sind begrüßenswert, jedoch nach Auffassung der SPD-Innenminister weiterzuentwickeln.

Der Kampf gegen Terror und Kriminalität erfordert, dass auch die Bundesrepublik Deutschland ihre Verantwortung bei den **Kontrollen der EU-Außengrenzen** zuverlässig nachkommt. Ein konsequent umgesetztes Schengen-System bleibt vorrangiges Ziel. Dieses Ziel ist nur zu erreichen, mit einer **gemeinsamen Europäischen Grenzschutzpolizei**, die aufgebaut werden muss. Wir gehen damit über das hinaus, was wir bereits auf den Weg gebracht haben: Registrierung von Drittstaatsangehörigen bei der Einreise in die EU, die Ausweitung des Aufgabenkreises und der Einsatzkapazität der europäischen Grenzschutzbehörden. Außerdem setzen wir uns dafür ein, die **Internationalen Polizeimissionen** deutlich zu stärken. Das langfristige Ziel sollte sein, 1 % der deutschen Polizei für Auslandsmissionen vorzusehen. Der Bund muss hierfür die finanzielle Basis sichern. Zudem ist es ein Beitrag, rechtsstaatliche Strukturen zu fördern und damit letztlich auch Fluchtursachen zu bekämpfen.

## **2. Zusammenarbeit zwischen den Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern insbesondere im Bereich Cybercrime und Telekommunikation ausbauen und stärken**

Sicherheitspolitik kann nur funktionieren, wenn es eine gute Vernetzung zwischen den Sicherheitsbehörden gibt. Die Vernetzung zwischen Bund und Ländern muss stetig ausgebaut werden. Ein mögliches Mittel zur Erreichung dieses Ziels sind die zur Abwehr von Cyber-Angriffen **gemeinsamen Übungen von Bund und Ländern**. Es ist notwendig, dass sich unser Land auf Angriffe auf kritische Infrastrukturen und unsere IT-Systeme viel intensiver als bisher vorbereitet. Gefahren des World Wide Web müssen möglichst aus einer Hand erfolgreich bekämpft werden. Deshalb muss die Bekämpfung des Cybercrime noch wirksamer als bisher beim Bundeskriminalamt zentralisiert werden.“)

Wir wollen **Cyber-Ermittlungen** intensivieren, um extremistische Tendenzen frühzeitig zu erkennen. Die Verbreitung von Hass, Propaganda sowie die Organisation und Kommunikation von Extremisten in sozialen Netzwerken oder den verborgenen Teilen des Netzes (Darknet) werden wir weiter wirksam bekämpfen.

Nr. 245/17 Philipp Wedelich		
Pressestelle	Tel.: (0511) 120-6259	www.mi.niedersachsen.de
Lavesallee 6, 30169 Hannover	Fax: (0511) 120-6555	E-Mail: pressestelle@mi.niedersachsen.de

Wir wollen die überholte **rechtliche Trennung von Telekommunikationsdiensten und Telemediendiensten überwinden**. Für eine wirksame Strafverfolgung und Gefahrenabwehr müssen wir Kommunikation vor ihrer Verschlüsselung abgreifen können („Quellen-TKÜ“). Das Internet darf kein rechtsfreier Raum sein. Es müssen dieselben Regeln wie in der analogen Welt gelten.

Die Sicherheitsbehörden müssen die Möglichkeit haben, **in der Cloud gespeicherte Daten zu durchsuchen und beschlagnahmen**, egal wo der Server steht.

### **3. Konsequentes Vorgehen gegen islamistischen Terrorismus und Gefährder**

Die Sicherheitslage in Deutschland und Europa hat sich insbesondere durch die Bedrohung des islamistischen Terrorismus in den vergangenen Jahren verschärft. In Deutschland und Europa ist die Zahl der Salafisten und Gefährder deutlich angestiegen. Politik und Gesellschaft müssen auf extremistische Entwicklungen zum einen durch effiziente Gefahrenabwehr und konsequente Strafverfolgung reagieren. Zum anderen müssen schon im Vorfeld jene Ursachen bekämpft werden, die das Abrutschen von Menschen in extremistische Strukturen begünstigen sowie Hilfen für den Ausstieg aus extremistischen Milieus angeboten werden. Um ein Höchstmaß an Sicherheit für die Bevölkerung zu gewährleisten, müssen wir daher mit einem strukturellen Dreiklang aus **Repression, Prävention und Ausstiegshilfe** diesen extremistischen Tendenzen begegnen.

Wir müssen gerade im Umgang mit Gefährdern das Recht konsequent anwenden, anstatt reflexhaft immer neue Gesetzesverschärfungen zu fordern. Unsere Demokratie ist wehrhaft im Kampf gegen die Feinde unserer Verfassung. Das ist auch anhand der erstmaligen Abschiebungen von Gefährdern aus Niedersachsen und Bremen nach § 58a des Aufenthaltsgesetzes deutlich geworden.

Nr. 245/17 Philipp Wedelich		
Pressestelle	Tel.: (0511) 120-6259	www.mi.niedersachsen.de
Lavesallee 6, 30169 Hannover	Fax: (0511) 120-6555	E-Mail: pressestelle@mi.niedersachsen.de

#### **4. Bessere Ausstattung der Sicherheitsbehörden des Bundes**

Wir müssen die Sicherheitsbehörden personell und materiell stärken und so ausstatten, dass sie trotz der gestiegenen Herausforderungen die Gefahren- und Einsatzlagen effektiv bewältigen können. Dazu gehören neben einer qualifizierten und stetig weiterentwickelten Ausbildung eine hochmoderne Ausrüstung auch zum Schutz der Polizistinnen und Polizisten, die immer öfter Zielscheibe körperlicher Angriffe sind.

Die **Bundespolizei und das BKA** muss müssen weiter deutlich aufgestockt werden, damit sie ihren originären Aufgaben wieder gerecht werden kann.

#### **5. Einführung eines Musterpolizeigesetzes**

Durch ein **bundesweites Musterpolizeigesetz** sollen **gemeinsame Standards** für die Polizeien aller Bundesländer festgelegt werden. Es bedarf insbesondere angesichts der verschärften Sicherheitslage eines grundlegenden Konsenses über die Zuständigkeiten und Arbeitsbereiche der Sicherheitsbehörden. Für eine effektive länderübergreifende Zusammenarbeit ist das unerlässlich.

Auch beim Umgang mit Gefährdern müssen die rechtlichen Grundlagen in den Bundesländern möglichst deckungsgleich sein. Niedersachsen hat dazu ein modernes und angemessenes Gesetzespaket vorgelegt. Dazu gehören feste Regelungen zur **Anwendungen der elektronischen Fußfessel bei Gefährdern**.

#### **6. Ausdehnung einer angemessenen Videoüberwachung im öffentlichen Raum**

Sowohl zur Vermeidung als auch vor allem zur Aufklärung von Straftaten hat sich die **Videoüberwachung an stark frequentierten öffentlichen Räumen und Plätzen** bewährt. Daher wollen wir die Videoüberwachung an neuralgischen Punkten oder bei Anlässen mit großem Menschenaufkommen angemessen auszudehnen. Die Daten der Bürgerinnen und Bürger müssen dabei ausreichend geschützt bleiben. Das Sicherheitsbedürfnis der Menschen und das Recht auf Datenschutz dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Nr. 245/17 Philipp Wedelich		
Pressestelle	Tel.: (0511) 120-6259	www.mi.niedersachsen.de
Lavesallee 6, 30169 Hannover	Fax: (0511) 120-6555	E-Mail: pressestelle@mi.niedersachsen.de

## 7. Zusammenarbeit der Polizei mit sozialen Medien

In sozialen Netzwerken wie Facebook oder Twitter werden immer mehr Hass und Hetze verbreitet. Besondere Personen des öffentlichen Lebens aber auch ganze Bevölkerungsgruppen werden durch Populisten und Extremisten beleidigt und diffamiert. Die sozialen Netzwerke dürfen **kein rechtsfreier Raum** sein. Straftaten wie Beleidigungen und Hetze müssen auch dort konsequent verfolgt werden.

Eine **enge Zusammenarbeit der Polizei mit den sozialen Medien** ist dafür zwingend erforderlich. Bei der jüngsten Nord-IMK wurde mit Vertretern von Facebook eine engere Kooperation und Vernetzung beschlossen.

In Niedersachsen ist daraufhin ein Ansprechpartner bei der Polizei als Schnittstelle zu den sozialen Netzwerken eingerichtet worden. Wir wollen **in allen Bundesländern und auf Bundesebene** solche **Schnittstellen** ausbauen, um die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung und Verfolgung von Straftaten in sozialen Medien zu verbessern.

## 8. Mehr Sicherheit im „Internet der Dinge“

Ob im privaten Bereich oder in industriellen Produktionsprozessen - immer mehr Geräte des alltäglichen Lebens und Maschinen sind miteinander vernetzt und über das Internet verbunden. Diese bilden das sogenannte „Internet der Dinge“ oder „Internet of Things“ (IoT).

Das birgt neben vielen Chancen auch Risiken und Gefahren im Bereich Cybercrime. Zahlreiche der IoT-Geräte und Maschinen sind unsicher konfiguriert und nicht ausreichend geschützt vor den immer komplexeren und ausgefeilteren Cyber-Angriffen. Die Folgen dieser Sicherheitslücken können für Privatpersonen und Unternehmen gravierend sein.

Viele Marktanbieter von IoT-Geräten legen bei der Herstellung Wert auf eine gute Funktionalität und vernachlässigen die IT-Sicherheit dieser Geräte. Deswegen ist es **zwingend erforderlich, verpflichtende Sicherheitsstandards zu definieren** und die Rechtslage der Cyber-Entwicklung anzupassen. Möglich ist die Umsetzung einer solchen Gesamtstrategie nur auf nationaler und auf EU-Ebene. Deshalb begrüßen wir, dass die EU aktuell mit konkreten Maßnahmen darauf hinwirkt, dass eine **zuverlässige Cybersicherheitsarchitektur** geschaffen und ein europäisches System zur Zertifizierung der Cybersicherheit für eine **bessere Produkthaftung** eingeführt wird.

Nr. 245/17 Philipp Wedelich		
Pressestelle	Tel.: (0511) 120-6259	www.mi.niedersachsen.de
Lavesallee 6, 30169 Hannover	Fax: (0511) 120-6555	E-Mail: pressestelle@mi.niedersachsen.de

## **9. Der Bund muss das Dublin- Verfahren beschleunigen und den Überstellungsvollzug optimieren**

Das Dublin-Verfahren ist zu langwierig. Um einen Zuständigkeitsübergang auf Deutschland durch Ablauf der Überstellungsfristen zu verhindern, muss das **Verfahren insgesamt beschleunigt** werden.

Die **Zuständigkeit** für Dublin-Verfahren liegt **ausschließlich beim Bund**. Die Länder leisten bei Durchführung von Überstellungen lediglich Vollzugshilfe. Daher hat der **Bund für eine Beschleunigung des Verfahrens zu sorgen**.

Die Verhandlungen mit den jeweiligen Mitgliedstaaten muss intensiviert werden. Die Zusammenarbeit hinsichtlich der Überstellungsmodalitäten (z. B. Anerkennung von Charterflügen, höhere Personenanzahl, Ausweitung der Zielflughäfen und der möglichen Ankunftsstermine) muss für einen **effektiveren Überstellungs-vollzug** weiter optimiert werden.

## **10. Tag der Polizei, Feuerwehr und Rettungskräfte**

Wir fordern einen **bundesweit einheitlichen Tag im Jahreskalender für Polizei, Feuerwehr und Rettungskräfte**. Ein Tag, an dem der Staat und die Gesellschaft ihren **Dank für den geleisteten Dienst** ausdrücken können. Die Arbeit der Polizei und Rettungskräfte ist essentiell für unser Zusammenleben. Die Polizei, die Feuerwehr und die Rettungsdienste sind rund um die Uhr für uns da. Sie geben uns Sicherheit und helfen uns. Grund genug für einen Tag an dem wir Danke sagen können.

Nr. 245/17 Philipp Wedelich		
Pressestelle	Tel.: (0511) 120-6259	www.mi.niedersachsen.de
Lavesallee 6, 30169 Hannover	Fax: (0511) 120-6555	E-Mail: pressestelle@mi.niedersachsen.de